



RECHT AUF ENERGIE FÜR ALLE EUROPÄER!



RECHT AUF ENERGIE FÜR ALLE EUROPÄER!

KONTAKTE

Guillaume Durivaux

Politik-Koordinator in Ver- und Entsorgung (Energie, Wasser, Abfall)

+3222501041 | gdurivaux@epsu.org

Sian Jones

EAPN Politik-Koordinator

+3222265859 | sian.jones@eapn.eu

Veröffentlicht durch EPSU und EAPN

im März 2017

Dieser Bericht wurde mit Unterstützung von Hendrik Scheewel erarbeitet

HINTERGRUND

Etwa 11% der europäischen Bevölkerung ist von Energiearmut betroffen. Menschen in Energiearmut sind nicht in der Lage, ihr Haus oder ihre Wohnung zu tragbaren Kosten zu heizen. Eine Studie, veröffentlicht von der Europäischen Kommission, nennt steigende Energiepreise, niedriges Einkommen und Häuser mit schlechter Energieeffizienz als wichtigste Ursachen für dieses Problem¹. Steigende Energiekosten verschärfen die Energiearmut besonders vor dem Hintergrund stagnierender oder sinkender verfügbarer Einkommen². Die Marktliberalisierung, lange als ein Allheilmittel gegen steigende Preise angepriesen, scheint den gegenteiligen Effekt gehabt zu haben. Der EGÖD vertritt ArbeitnehmerInnen in den öffentlichen Diensten in Europa. EAPN ist das größte Netzwerk der in Europa tätigen Organisationen gegen Armut³ und setzt sich für Menschen ein, die in Armut leben. Viele unserer Mitglieder gehören zu den Geringverdienenden oder erhalten Einkommensbeihilfen, sie sind von Energiearmut betroffen oder werden davon bedroht.

1. RECHT AUF ENERGIE

Um die Energiearmut in Europa zu beseitigen, muss das Recht auf Energie in den EU-Rechtsvorschriften verankert werden. Dies würde bedeuten, dass Aussetzungen der Versorgung verboten werden, wie dies bereits bei der Wasserversorgung in einigen Ländern der Fall ist.

2. REGULIERTE PREISE

Der Markt versagt bei der Aufgabe, bezahlbare Energiepreise für alle zu garantieren. Der beste Schutz gegen die Unwägbarkeiten volatiler Energiemärkte sind regulierte Preise für Endkunden. Sie müssen stabil bleiben und dürfen nicht schrittweise abgeschafft werden.

Haushalten mit geringem Einkommen müssen spezielle Sozialtarife gewährt werden, damit sie einen angemessenen Lebensstandard halten können. Niemand sollte dazu gezwungen werden, sich zwischen einer „Mahlzeit oder einer warmen Wohnung“ entscheiden zu müssen.

3. MASSNAHMEN ZUR ERHÖHUNG DER ENERGIEEFFIZIENZ MÜSSEN EINKOMMENSCHWACHEN HAUSHALTEN ZUGUTE KOMMEN

Öffentliche Maßnahmen zur Förderung von Energieeffizienz sollten Gelder zur Verbesserung der Wohnverhältnisse einkommensschwacher Haushalte bereitstellen, ohne dass dadurch den Mietparteien Nachteile entstehen. Dies würde zu einer Senkung des Energieverbrauchs beitragen, ohne die Energie- und Wohnkosten zu erhöhen.

Haushalte mit geringem Einkommen verfügen nicht über die finanziellen Kapazitäten, Heizungsanlagen zu erneuern, Häuser zu isolieren oder neue energiesparende Haushaltsgeräte zu kaufen. Aus diesem Grund sind öffentliche Förderprogramme notwendig. Investitionen in energieeffiziente Sozialwohnungen müssen Priorität haben.

4. WICHTIGE EMPFEHLUNGEN

EAPN und EGÖD fordern:

- Das Recht auf Energie für alle durch die Einführung konkreter EU-Rechtsvorschriften, die in schwierigen Zeiten eine Unterbrechung der Stromversorgung schutzbedürftiger Endkunden verbieten.
- Kein weiterer Abbau regulierter Preise für Privathaushalte, sondern stattdessen eine Unterstützung von Sozialtarifen für schutzbedürftige Kunden.
- Zuweisung eines ambitionierten Anteils öffentlicher Energieeffizienz-Investitionen für Maßnahmen, die einkommensschwachen Haushalten zugute kommen und keine zusätzlichen Kosten für Wohnen oder Wohnnebenkosten verursachen

RECHT AUF ENERGIE

Die Sanierung des Haus- und Wohnungsbestandes zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden reicht nicht aus, um die Energiearmut zu bekämpfen. Investitionen in den Gebäudebestand erfolgen tendenziell langsam und führen dazu, dass Haushalte mit geringem Einkommen kurz- und mittelfristig in der Kälte sitzen.⁴ Wie bereits im vorigen Abschnitt beschrieben, können Renovierungskosten in Form steigender Mieten an die schutzbedürftigen Haushalte weitergereicht werden.

„Die Energieversorgung ist heute keine Luxusdienstleistung mehr, die für einen höheren Lebensstandard sorgt, sondern eine existenzsichernde Versorgungsleistung, ohne die Menschen von der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sein können.“⁵

Darüber hinaus hat Energiearmut einen direkten negativen Einfluss auf die Gesundheit einschließlich der geistigen Gesundheit, denn sie belastet Menschen nicht nur in akzeptabler Weise körperlich, sondern kann auch zu Stress und sozialer Isolation führen.

Menschen, die in Energiearmut leben, leiden oft unter schweren gesundheitlichen Problemen mit der Folge längerer und häufiger gesundheitsbedingter Fehlzeiten, die wiederum Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation haben. Diese negativen Auswirkungen auf die Gesundheit haben spürbare wirtschaftliche Konsequenzen, die sich auf die Gesellschaft insgesamt auswirken.

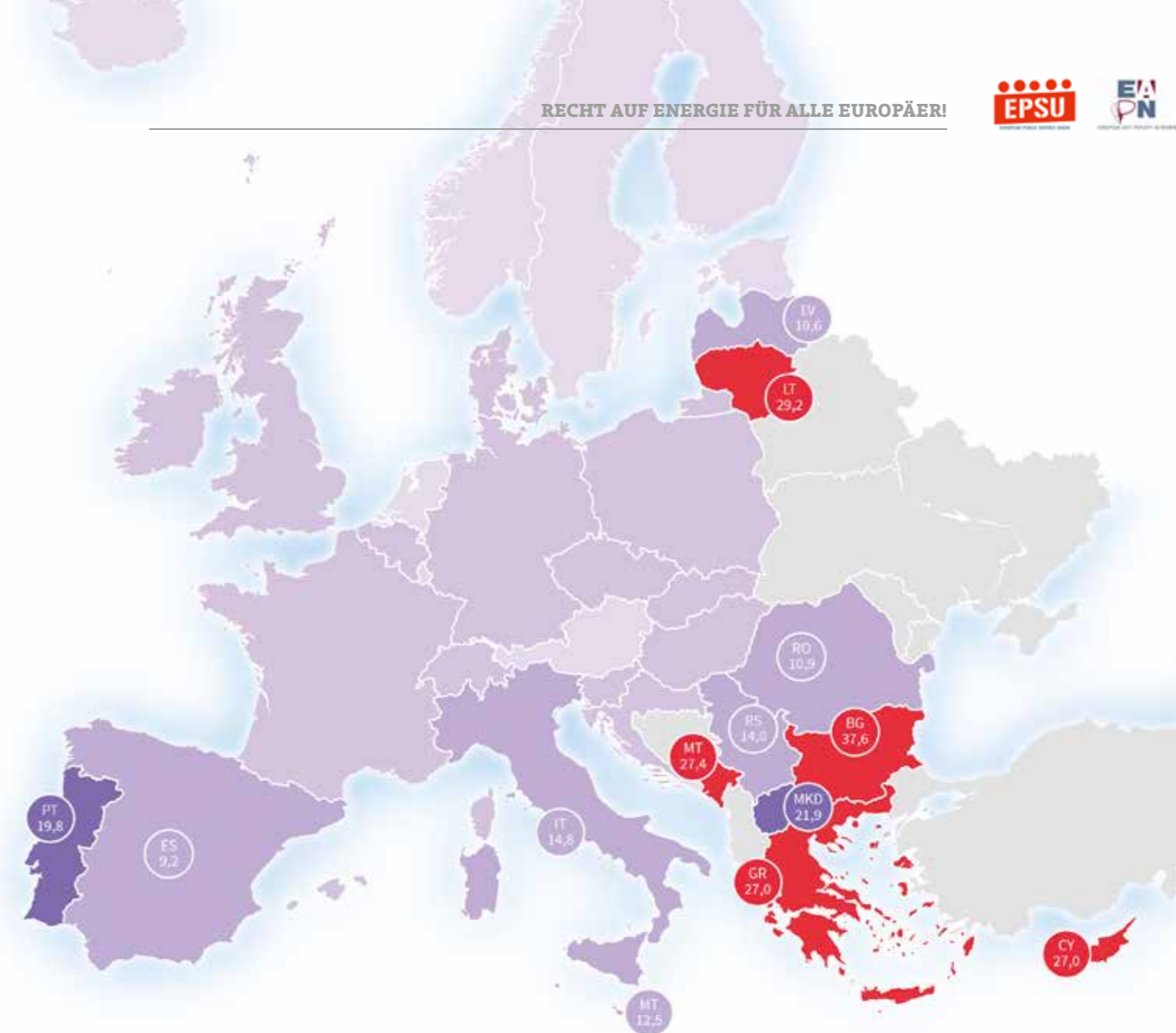
„Die jährlichen Kosten für das nationale Gesundheitssystem infolge typischer, im Winter auftretender und durch ungeheizte Wohnungen verschärfter Erkrankungen belaufen sich auf £859 Millionen. Das beinhaltet nicht die zusätzlichen Ausgaben der Sozialdienste oder die wirtschaftlichen Verluste durch nicht geleistete Arbeitsstunden.“⁶

Um auf die unmittelbare Bedarfssituation von Menschen eingehen zu können, die bereits unter Energiearmut leiden oder von ihr bedroht sind, fordern EGÖD und EAPN ein universelles ‚Recht auf Energie‘ und das Verbot von Stromsperrern für schutzbedürftige Haushalte.

REGULIERTE PREISE

Während der Eurostat-Index der Verbraucherpreise in der EU-28 zwischen 2007 und 2015 um ca. 13 Prozent angestiegen ist, legten die durchschnittlichen Strompreise im gleichen Zeitraum um fast 22 Prozent zu. Darüber hinaus sind die Einkommen weniger schnell gestiegen als die Energiepreise. Aus diesem Grund ist der Anteil der Ausgaben für Energie am gesamten Haushaltseinkommen gestiegen, wodurch sich besonders die Lage einkommensschwacher Haushalte verschlechtert hat.

In ihren Änderungsvorschlägen für die Richtlinie über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt schlägt die Kommission die Abschaffung nicht kostendeckender regulierter Strompreise vor. Das bedeutet für Regierungen, die Haushalte mit niedrigem Einkommen schützen wollen, nicht mehr über das Werkzeug der Strompreisregulierung zu verfügen, das sich in der Vergangenheit als besonders effektiver Schutz



ENERGIE-ARMUT IN EUROPA ALS PROZENTANTEIL DER BEVÖLKERUNG, DER NICHT IN DER LAGE IST SEIN HAUS ADÄQUAT ZU HEIZEN. EUROSTAT 2015

LAND	%	KATEGORIE	FARBE	LAND	%	KATEGORIE	FARBE
NO NORWEGEN	0,3	AKZEPTABEL	☐	IE IRLAND	6,6	GEFÄHRLICH	☐
LU LUXEMBURG	0,8	AKZEPTABEL	☐	HU UNGARN	7,5	GEFÄHRLICH	☐
SE SCHWEDEN	0,8	AKZEPTABEL	☐	HR KROATIEN	7,9	GEFÄHRLICH	☐
IS ISLAND	0,8	AKZEPTABEL	☐	ES SPANIEN	9,2	PREKÄR	☐
EE ESTLAND	1,2	AKZEPTABEL	☐	LV LETTLAND	10,6	PREKÄR	☐
FI FINNLAND	1,2	AKZEPTABEL	☐	RO RUMÄNIEN	10,9	PREKÄR	☐
NL NIEDERLANDE	1,7	AKZEPTABEL	☐	MT MALTA	12,5	PREKÄR	☐
AT ÖSTERREICH	1,7	AKZEPTABEL	☐	RS SERBIEN	14,0	PREKÄR	☐
DK DÄNEMARK	2,3	GEFÄHRLICH	☐	IT ITALIEN	14,8	PREKÄR	☐
DE DEUTSCHLAND	3,5	GEFÄHRLICH	☐	PT PORTUGAL	19,8	ÜBERMÄSSIG	☐
BE BELGIEN	3,9	GEFÄHRLICH	☐	MKD MAZEDONIEN	21,9	ÜBERMÄSSIG	☐
SI SLOWENIEN	4,2	GEFÄHRLICH	☐	GR GRIECHENLAND	27,0	EXTREM	☐
CZ TSCHECHISCHE REP	4,3	GEFÄHRLICH	☐	CY ZYPERN	27,0	EXTREM	☐
SK SLOWAKEI	4,6	GEFÄHRLICH	☐	MT MONTENEGRO*	27,4	EXTREM	☐
FR FRANKREICH	4,7	GEFÄHRLICH	☐	LT LITAUEN	29,2	EXTREM	☐
UK VEREINIGTES KÖN	5,8	GEFÄHRLICH	☐	BG BULGARIEN	37,6	EXTREM	☐
PL POLEN	6,3	GEFÄHRLICH	☐				

* Daten von 2013

gegen volatile Energiepreise erwiesen hat. Regulierte Preise gehören zu den wirksamsten Möglichkeiten, Menschen in Energiearmut oder drohender Energiearmut sofort zu helfen.

Zahlreiche aktuelle Studien, zum Beispiel von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, haben auf den engen Zusammenhang zwischen Deregulierung/Privatisierung und Preiserhöhungen in den postsowjetischen EU-Ländern hingewiesen⁷. Ein weiterer Grund für hohe Energiepreise kann in der EU-weiten Marktintegration des Energiesektors gesehen werden, die überstürzt durchgeführt wurde und die erheblichen Unterschiede nationaler Ausgestaltungen des Marktes und bestehende regulatorische Praktiken missachtet hat⁸.

„Die steigenden Preise in Europa gehen Hand in Hand mit dem Trend der Liberalisierung und Privatisierung von Energiedienstleistungen, zusätzlich verstärkt durch die Expansion des EU-Binnenmarktes in diese Dienstleistungen.“⁵

Es gibt keine vollständige Überschneidung von Einkommensarmut und Energiearmut, da die Energiearmut vom Anteil des Einkommens abhängt, den ein Haushalt für die angemessene Deckung seines Energiebedarfs ausgeben muss. In allen EU-Mitgliedstaaten gibt es beträchtliche Unterschiede zwischen den Energiepreisen und den relativen Einkommensindikatoren. Während 2015 das nominale Pro-Kopf-BIP in Luxemburg 3,6-fach höher war als in Portugal, müssen die portugiesischen Haushalte aber Strompreise bezahlen, die um 36 Prozent über denen in Luxemburg liegen. Das bedeutet, dass die portugiesische Bevölkerung im Durchschnitt einen deutlich höheren Anteil ihres Einkommens für Energie ausgeben muss, was im Umkehrschluss wiederum ein deutlich höheres Vorkommen von Energiearmut in Portugal zur Folge hat⁹.

„Es gelingt uns nicht, denjenigen zu helfen, die in eine unvermeidbare Schulden Spirale geraten, weil die Energiepreise im Verhältnis zu ihrem Einkommen zu hoch sind.“⁵

Politische Lösungen dürfen sich dabei nicht auf die 11% der europäischen Haushalte konzentrieren, die bereits Energiearmut erleben⁹, sondern sollten sich an einem Präventionsmodell orientieren. Das bedeutet Maßnahmen für die 14% der europäischen Bevölkerung, denen Energiearmut droht⁹. Eine besondere Schwäche des Kommissionsvorschlages besteht eben darin, die Anwendung regulierter Preise allein auf solche Haushalte zu beschränken, die bereits unter Energiearmut leiden.

Ein großes Problem ist zudem, dass die Definition von Energiearmut leicht in die Irre führen kann: Energiearme Haushalte werden oft vereinfachend als Haushalte definiert, die „mehr als einen bestimmten Anteil ihres Haushaltseinkommens für Heizenergie aufwenden“¹⁰. Dieses Modell lässt aber diejenigen außen vor, die bereits die kritische Schwelle zur Energiearmut überschreiten würden, wenn sie ihre Wohnungen in angemessener Weise heizen würden. Tatsächlich sparen sie diese Kosten jedoch ein mit der Folge, in einer kalten Wohnung zu leben¹¹. Geeignete Maßnahmen müssen deshalb eine „modellierete Energiearmut“ berücksichtigen, basierend auf dem Betrag, den ein Haushalt zum Erreichen einer adäquaten Wohnungstemperatur ausgeben müsste¹⁰. Aufgrund der Komplexität dieses Modellierungsansatzes auch im Hinblick auf die Interpretation auf nationaler Ebene muss das Werkzeug der Preisregulierung zur Unterstützung von Privathaushalten als zusätzliche Option beibehalten werden, damit niemand auf der Strecke bleibt.

MASSNAHMEN ZUR ERHÖHUNG DER ENERGIEEFFIZIENZ MÜSSEN EINKOMMENSCHWACHEN HAUSHALTEN ZUGUTE KOMMEN

Damit Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen nicht nur im Hinblick auf Energieeinsparungen, sondern auch bei der Verringerung der Energiearmut ihre volle Wirkung entfalten, sollten diese finanziellen Mittel mit konkreten Zielen zur Unterstützung einkommensschwacher Haushalte verbunden werden. Die Kontrolle der sozialen Auswir-

kungen von Investitionen in den Häuserbestand ist jedoch unverzichtbar um sicherzugehen, dass damit das gewünschte Ergebnis der Beseitigung von Energiearmut erzielt wird und nicht nur die Mieten erhöht oder einkommensschwache Mieter und Mieterinnen aus bestimmten Vierteln verdrängt werden.

„Renovierungskosten können über Mieterhöhungen an die Mietparteien weitergegeben werden - das führt oft zu Wohlfahrtsverlusten oder gewollter Mieterverdrängung“ International Union of Tenants

Maßnahmen sind so zu gestalten, dass keine zusätzlichen Kosten auf einkommensschwache Haushalte abgewälzt werden können. Priorität müssen Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz im sozialen Wohnungsbau haben, die potenziell einem hohen Anteil einkommensschwacher Haushalte zugute kommen.

Ein Beispiel für gute Praxis ist der „Energiesprung“ (Energiesprung) in den Niederlanden als innovativer Weg zur energetischen Sanierung der dortigen Sozialwohnungen. Hier werden Investitionen in die energieeffiziente Nachrüstung durch die daraus resultierenden zukünftigen Einsparungen in Strom- und Heizrechnungen finanziert, wodurch für MieterInnen keine zusätzlichen Kosten entstehen.¹²

Informationen über die Beantragung verfügbarer Fördergelder müssen klar verständlich sein und in umfassender Weise kommuniziert werden, damit diese Programme in großem Maßstab angenommen werden. Adäquate Maßnahmen müssen sicherstellen, dass die schutzbedürftigsten Bürgerinnen und Bürger nicht die Rechnung für die Umstellung auf eine CO2-arme Wirtschaft zahlen müssen.

REFERENZEN

¹ Europäische Kommission. Energy poverty may affect nearly 11% of the EU population. [Online] 2015. <https://ec.europa.eu/energy/en/news/energy-poverty-may-affect-nearly-11-eu-population>.

² EAPN Working Paper on Energy Poverty. [Online] <http://www.eapn.eu/wp-content/uploads/2010/03/2010-eapn-working-paper-on-energy-poverty.pdf>.

³ EAPN vertritt 31 nationale Netzwerke und 13 europäische Organisationen.

⁴ Poor choices: the limits of competitive markets in the provision of essential services to low-income consumers. Discussion paper, University of Greenwich, London, UK. Thomas, S., et al., et al. 2008.

⁵ Social causes and consequences of energy poverty. Jones, S. s.l. : Energy Poverty Handbook, 2016.

⁶ Health, UK Department of. Chief Medical Officer Report UK. Annual reports from the Chief Medical Officer. [Online] 2009. <https://www.health-ni.gov.uk/publications/chief-medical-officer-annual-reports>.

⁷ Can poor consumers pay for energy and water? Fankhauser, S. T. C. s.l. : London: Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, 2005.

⁸ Energy poverty and vulnerable consumers in the energy sector across the eu: analysis of policies and measures. Insight_E. s.l. : Policy Report, 2015.

⁹ Recommendations and guide for policy makers. Project, EPEE. s.l. : Tackling Fuel Poverty in Europe.

¹⁰ Is fuel poverty in Ireland a distinct type of deprivation? Watson, D. and Maitre, B. s.l. : Economic and Social Review, 2015.

¹¹ Getting the measure of fuel poverty - Final Report of the Fuel Poverty Review: Summary and Recommendations. Hills, J. 2012.

¹² Member state level regulation related to energy poverty and vulnerable consumers. A., Dobbins und S., Pye. s.l. : Energy Poverty Handbook, 2016.



www.epsu.org

Der EGÖD (engl.: EPSU) ist der Europäische Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst. Er ist der größte Verband im EGB und vertritt 8 Millionen Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst von über 260 Gewerkschaften in ganz Europa. Der EGÖD organisiert Europa-übergreifend, östliche EU Nachbarländer inbegriffen, Arbeitnehmer im Energie-, Wasser und Entsorgungssektor, in Gesundheits- und sozialen Diensten, Lokal-, Regional- und Zentralregierungen. Er ist die anerkannte Regionalvertretung der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI).



www.eapn.eu

Das Europäische Netzwerk gegen Armut (EAPN) ist der größte Zusammenschluss europäischer nationaler, regionaler und lokaler Netzwerke, der, unter Einbeziehung von Anti-Armut Nichtregierungsorganisationen, lokaler Gemeinschaften so wie auch europäischer Organisationen, aktiv gegen Armut und soziale Ausgrenzung kämpft. Es wurde 1990 gegründet.